









gedacht haben, was es werden soll, wenn die Organisation nicht genügend gestärkt wird? Wenden hätte weit mehr in der Richtung leisten müssen. Gewiß hat Wenden die wichtigsten und reichlichsten Kollegen dem Vaterlande zur Verfügung stellen müssen, aber das darf kein Grund sein, um jetzt in der Agitation zu erlahmen. Aus diesem Grunde sind auch in Wenden die Bezirke gegliedert worden, damit nicht die einzelnen Bezirke für Arbeitsfeld besser übersehen und bearbeitet können. Wie wollen sehen, wie sich die einzelnen Vorstände und Vertrauensmänner der Bezirke bewähren.

Alles in allem genommen zeigt unsere Fortentwicklung mit wenigen Ausnahmen ein erfreuliches Bild. Bis zur Wiederkehr dieser Zeiten ist die Zahl der in diesem Jahre aufgenommenen Kollegen auf rundherum 1000 gestiegen und wir wollen hoffen, daß uns die kommende Zeit bis zum Jahreschluss ebenfalls eine erhebliche Zunahme bringt. Es müssen aber, um dieses zu erreichen, weit mehr Kollegen mitarbeiten. Erstensherweise hat auch die Zahl der weiblichen Mitglieder zugenommen. Auch von diesen muß verlangt werden, daß sie bei ihren Mitarbeiterinnen eine gründliche Agitation entfalten, damit auch ihnen in Bezug auf Lohnverbesserung geholfen werden kann. Weiter muß die Jugendabteilung noch weit mehr gestärkt werden, wie das bis jetzt der Fall war. Wenn so alle mitarbeiten, dann werden wir unser gestecktes Ziel erreichen.

Die Ansprache, die nimmehr vom Vorsitzenden getrenntweise vorgenommen wurde, zeugte auch dieses Mal das Resultat, daß alle gerne bereit sind und zwar noch mehr wie bisher mitzuwirken. Es darf allerdings nicht beim Versprechen bleiben, sondern das Gesagte muß auch in die Tat umgesetzt werden. Der Kollege Steinacker ergreift nochmals das Wort und betont, daß auch die innere Verwaltung der Sektionen und Bezirke ausgebaut werden müsse. Die Vertrauensleute müssen stilles angehalten werden, sofort am Monatschluss mit dem Kassierer abzurechnen. Der Kassierer muß dann sofort die Abrechnung zusammenstellen, die Namen mit der großen Mitgliederliste vergleichen, ob die Mitglieder auch alle bezahlt haben, oder ob welche im Rückstande sind, dann die Abrechnung dem Vorstande vorlegen, der sie durchzusehen hat und sie dann mit dem Gelde längstens bis zum 10. eines jeden Monats der Ortsverwaltung eingereicht haben muß.

Unter Punkt 2 der Tagesordnung: „Die christliche Arbeiterkassette im neuen Deutschland“, hielt der Kollege Steinacker einen interessanten und anregenden Vortrag. Die Kollegen konnten manchen neuen Gesichtspunkt aus demselben entnehmen, wodurch der Mut, die Entschlossenheit und Ausdauer in der Agitation entfaltet und befestigt werden kann.

Die anregend verlaufene 3/4-stündige Vertrauensmännerkonferenz wurde, nachdem der Vorsitzende nochmals einen Ueberblick über das Gesagte gab, geschlossen.

Kollegen der Ortsverwaltung Wenden! Jetzt heißt es mitgearbeiten, jetzt muß geschäftig und gearbeitet werden. Jedes Mitglied wird hiermit verpflichtet, bis zum Jahreschluss eine Aufnahme zu machen. Wer will da zurückbleiben?

**Newslet.** Wir besaßen uns bereits auf der am 23. September stattgefundenen Arbeiter und Gewerkschaftstagung mit der Frage einer besseren Versorgung der Arbeiter mit Lebensmitteln und anderen Bedarfsartikeln des täglichen Lebens. In einer am Sonntag, den 7. Oktober, stattgefundenen Vertrauensmännerkonferenz der ganzen Ortsverwaltung wurde dann erneut zu diesem für die Arbeiter so wichtigen Problem Stellung genommen. Das Resultat dieser Besprechung ist eine Eingabe an alle in den Landkreisen Rummel, Gohlschlag und Unterwiesenthalkreis existierenden Montanbetriebe, an die hauptsächlich Arbeiterbesitzer, aufweisenden Kommunen, an die Herren Landräte und das Generalkommando. In dieser Eingabe wird eingefordert, welche Schwierigkeiten die arbeitende und widerbeittelte Bevölkerung gegenwärtig durchzumachen hat bezgl. der Kartoffeln, der Getreide, der Brennstoffe, der Kleider- und der Schuhversorgung und eine Reihe beachtenswerter Vorschläge gemacht, durch welche eine Besserung der Lage erzielt werden könnte. Die Eingabe beweist, daß der christliche Metallarbeiterverband keine Gelegenheit vorbegehen läßt, um möglichst für die Arbeiter zu wirken. Es muß deshalb auch erwartet werden, daß die Arbeiter des mittelhessischen Industriegebietes alles tun, um den Einfluß der Organisation zu stärken. Die Kollegen müssen jetzt alle recht regsam sein in der Gewinnung neuer Mitglieder. Es ist etwas großes, als Apostel einer so edlen Sache, wie es die Organisation zweifellos ist, zu wirken. Wenn alle Kräfte auf diesem Gebiete zusammenschaffen, dann werden weitere organisatorische und auf Grund dessen auch wirtschaftliche Erfolge in noch höherem Maße wie jetzt, und beschleunigt sein.

Kollegen! Tun mir also alles, was in unserer Kraft steht, um das laufende Vierteljahr zu einem Vierteljahr des weiteren Fortschritts auf allen Gebieten zu gestalten. Erhalten wir nicht in der Arbeit, dann wird die Zukunft uns gehören.

**Willingen.** Vom Arbeiterausschuß der Firma Werner (Fab. Herr Kommerzienrat Kienle) ging unserer Ortsverwaltung folgendes Schreiben zu:

An den Vorstand des Christlichen Metallarbeiterverbandes Willingen!

Auf Ihr Gesuch betreffs Lohnverbesserung bei der Firma G. Werner (Inhaber Herr Kommerzienrat Kienle) teilen wir Ihnen mit, daß von der Firma eine Lohnaufbesserung im Durchschnitt von 12 1/2 Prozent stattgefunden hat und am Samstag, den 6. d. M. erstmals zur Auszahlung gelangte. Der größte Teil der Arbeiter ist mit dem Resultat zufrieden. Einige Arbeiter und Arbeiterinnen sind weniger berücksichtigt worden, was zum Teil aus Arbeitsverhältnissen und auch der bisherigen Lohn mit sich brachte.

Für Gesuch hat also einen schönen Erfolg gehabt und sprechen wir Ihnen unsere Anerkennung aus.

**Achtungsvoll: Der Arbeiterausschuß**  
Herrn Weber, Theobald Kiefer, Laver Leber, August Schmid, Karl Selg.

Kollegen! Kolleginnen! von Willingen, Ihr habt durch die Tätigkeit des Verbandes einen annehmbareren Erfolg erzielt. Dies muß ein Ansporn sein, eifrig in der Werbe-

tätigkeit fortzuführen und die noch fernstehenden dem Verbande zuzuführen. Auswärtiges wäre der Erfolg ein noch besserer gewesen, wenn ein größerer Prozentsatz des nachstehenden Betriebes organisiert gewesen und die neugewonnenen Mitglieder gewerkschaftlich besser geschützt gewesen wären.

Darum ist Arbeiter und Arbeiterinnen von Willingen, eifrig weitergearbeitet an dem Ausbau unserer dortigen Ortsgruppe. Eifrig die Mitgliederveranstaltungen besucht und das Ortsorganisierte studierten, mitarbeiten in der Ortsverwaltung, das sind die hauptsächlichsten Grundlagen für gute gewerkschaftliche Schulung. Durchgreifende Werbearbeit in der Hausagitation muß den Mitgliederstand und damit den Kreis der Mitarbeiter vermehren.

**Von der Wasserfront.** Der deutsche Schiffbau ist jetzt einer der kriegswichtigsten Industriezweige. Es hängt von seiner Leistungsfähigkeit ab, inwieweit unsere maritimen Unternehmungen gegen unsere Feinde erweitert werden können oder nicht. Das deutsche Volk hat also ein sehr lebhaftes Interesse daran, daß die Herstellung von Kriegsschiffen aller Art nicht die geringste Störung durch irgendwelche Umstände erfährt. Von dem Gedanken, die erfolgreiche Werftarbeit unseres Vaterlandes zur See nicht zu gefährden, ist bis zur Stunde auch die gesamte Werftarbeiterkassette befaßt. Wenn es trotz alledem da und dort zu kurzem Störungen im Schiffbau kam, so liegen die Gründe hierfür tiefer, als es nach außen hin scheinen mag. Die im Juli dieses Jahres erneut eingeleitete Lohnbewegung der Werftarbeiter mag ein Beispiel dafür sein, wie schwer es ist, mit den Werftarbeitern handelseins zu werden. Bedurfte es doch mehr als eines Vierteljahres, um die Bewegung auf friedlichem Wege zum Abschluss zu bringen. Zum besseren Verständnis der nunmehr jüngst abgeschlossenen Lohnbewegung ist es angebracht, auf die während des Krieges von den Werftarbeitern wiederholt geforderten Lohnbewegungen kurz einzugehen. Dieses umso mehr, da nach Ansicht der Unternehmer die Ursache auf den Werften erst durch das vaterländische Pflichtbewußtsein beseitigt worden sein soll. Daß dem nicht so ist, beweist der Umstand, daß schon im Frühjahr 1915 (als die Steuerung fällbar wurde), die Arbeiter auf den Seeschiffen eine Lohnverbesserung forderten, jedoch ohne Erfolg. Erst im Spätherbst 1915 bewilligten die Werftarbeiter in Form eines Weihnachtsgeschenktes einen einmaligen Steuerungszulage in der Höhe von 16-60 Mark, je nach der Beschäftigungsdauer. Diese hat Lohnverbesserung wirkte aber nicht zufriedenstellend und die Arbeiter wurden erneut vorstellig.

Die Seeschiffswerften bewilligten nun im Frühjahr (April) 1916 eine laufende Steuerungszulage pro Monat für verheiratete Arbeiter 6 Mark, für jedes Kind 2 Mark, für ledige Arbeiter 3 Mark und für Arbeiterinnen 2 Mark. In Bremerhaven, Stuswarden und Wesel zahlte man geringere Sätze.

Bei der inzwischen fällbaren gewordenen Steuerung konnten diese Zulagen nicht mehr annähernd ausgleichen werden. Das hatte zur Folge, daß im Juni 1916 die Arbeiter aller Seeschiffswerften wieder Forderungen auf Lohnverbesserungen, Mindestlöhne für Arbeiterinnen und Regelung der Akkordarbeiten gestellt haben.

Daraufhin erfolgte auf dem schwarzen Brett der Werften folgender Anschlag:

Die von den Seeschiffswerften im April bewilligte Steuerungszulage wird um 50 Prozent, die Einstellungszulage um 3 Pfg. und die bestehenden Löhne um 2 Pfg. erhöht.

Da diese Zugeständnisse die dringendsten Wünsche der Arbeiter (Akkordregelung, Abhänge der Arbeiterinnen) außer Acht ließen, so erachtete man dieselben nur als Abschlagszahlung. Auf die weitergehenden Wünsche konnte seitens der Arbeiter nicht verzichtet werden, sondern wollte sie zur angekauften Zeit von neuem vorbringen.

In Kiel kam es wegen der geringen Zugeständnisse auf der Germaniawerft zu Differenzen. Diese führten zu dem Ergebnis, daß für gelehrte Akkordarbeiter 1 Mark die Stunde, für angelehrte Arbeiter 85 Pfg. und für ungelehrte Akkordarbeiter 70 Pfg. pro Stunde der Akkordkalkulation zugrunde gelegt wird. Lohnarbeiter und Lohnakkordarbeiter erhalten 50 Pfg. Tageszulage.

Daraufhin versuchten die Arbeiter der anderen Werftorte eine ähnliche Vergleichenregelung zu erreichen.

Am 20. Oktober fanden diesbezüglich mit den Werftarbeitern Verhandlungen statt. Das Resultat war Ablehnung aller Wünsche der Arbeiter. Nur die schlechten Akkorde sollten geprüft und aufgebessert werden. (Siehe hierüber den Artikel in der Nr. 45 vom 4. Nov. 1916 des Verbandsorganes). Infolge des geringen Entgegenkommens seitens der Werften wandten sich die Zentralvorstände durch Vermittlung zweier Reichstagsmitglieder an das Reichsmarineamt mit dem Erfolg, daß nunmehr die Werftarbeiter dem Reichsmarineamt gegenüber erklärten, eine den Verhältnissen entsprechende Aufbesserung der Akkorde vorzunehmen zu wollen, wie sie dies am 20. Oktober ja auch den Arbeitervertretern schon zugesagt hätten. In Wirklichkeit ist letzteres aber nur die Aufbesserung und Nachprüfung der schlecht bezahlten Akkorde zugesagt worden. Dieser Widerspruch in den Zulagen seitens der Unternehmer erweckte ziemlich Mißtrauen bei der Arbeiterkassette und verursachte erneute Arbeits einstellen auf den Hamburger Werften. Auf sofortiges Eingreifen des stellvertret. Generalkommandos des 9. Armeekorps trafen am 23. Oktober die Werftarbeiter nochmals unter sich zusammen und machten folgende Zugeständnisse:

1. Für die Dauer des Krieges wird den Lohnarbeitern je nach den örtlichen Verhältnissen ein Kriegszuschlag bis zu 50 Pfg. pro Tag gewährt.
  2. Den Lohnakkordarbeitern werden die Ueberverdienstsätze dementsprechend erhöht.
  3. Alle Akkorde werden gründlich geprüft und so aufgebessert, daß sie hinter den Kriegszulagen in Punkt 1 und 2 nicht zurückbleiben.
  4. Die Lohnverhältnisse der Frauen werden durch vorübergehende Regelung nicht berührt.
- Weiter hielten sich die Werften in ihrer Gesamtheit nicht einmal an diesem Wenigen. Kein Wunder, daß es unter den Werftarbeitern recht bald wieder lebendig wurde. Die fortwährende Steuerung im Frühjahr 1917 trug das Ihrige dazu bei.
- Als die Kupferschmiede der H. G. Weser, Bremen, erneut Forderungen einreichten und nach Ablehnung der-

selben den Schlichtungsausschuß mit Erfolg anrufen, gerieten die Seeschiffswerften ganz von selbst in Bewegung. Durch ihren Sekretär, Herrn Dr. Nische, ließen die Unternehmer bei dem deutschen Metallarbeiterverband Hamburg anfragen, ob die Gewerkschaften geneigt seien, auf die Anrufung der Schlichtungsausschüsse zu verzichten und bestehende Differenzen von Organisation zu Organisation zu schlichten. In diesem Falle seien die Werftarbeiter bereit, die Löhne um 2 Pfg. pro Stunde und die Steuerungszulage um 3 1/2 Prozent zu erhöhen. Dieses Ansuchen wies die Arbeiter auf einer am 26. Februar 1917 in Hamburg tagenden Vertreterkonferenz ab und erklärten diese Zugeständnisse als völlig ungenügend, um auf die Anrufung der Schlichtungsausschüsse des vaterländischen Hilfsdienstgesetzes verzichten zu können. Als Grundlage für eine Verhandlung schlägt die Konferenz vor:

1. Die Einstellungszulage um 10 Pfg., die bestehenden Löhne um 5 Pfg. die Stunde zu erhöhen.
  2. Die Akkordpreise dementsprechend zu erhöhen, so daß mindestens 1,10 Mark die Stunde verdient wird. Höheren Bedienstete ergebende Akkorde bleiben bestehen.
  3. Die Stundenlöhne der in Lohn Arbeitenden sind um 10 Pfg. zu erhöhen.
  4. Die Steuerungszulagen sind um 3 1/2 Prozent zu erhöhen und an alle Arbeiter und Arbeiterinnen zu zahlen.
- Diese Forderungen waren angesichts der teuren Lebensverhältnisse als sehr bescheiden zu erachten. Aber erfüllt wurden sie nicht. Unterm 10. März beschloßen (nachdem Verhandlungen mit den Arbeitervertretern vorausgingen), die Unternehmer folgende Zugeständnisse:

1. Die Löhne aller Arbeiter werden ab 15. März 1917 um 2 Pfg., ab 14. Juni um weitere 3 Pfg. die Stunde erhöht.
  2. In gleicher Weise erhöhen sich die Einstellungszulagen.
  3. Der Lohn für Arbeiterinnen wird zu denselben Terminen um 1 Pfg. und 2 Pfg. erhöht.
- Am 14. März nahm die Vertreterkonferenz der Arbeiter aus allen Werftorten Stellung zu den Zugeständnissen und erklärte das Ergebnis als nicht zufriedenstellend. Wenn die Konferenz trotzdem die Zugeständnisse annimmt, so unter der Voraussetzung, daß seitens der Arbeiter auf die Anrufung der Schlichtungsausschüsse nicht verzichtet wird. Letzterer Verzicht wäre nur dann möglich, wenn die Löhne und Arbeitsverhältnisse in all ihrer Einzelheiten von der Organisation zu Organisation tariflich geregelt würden.

Diese Entscheidung besagt, daß die Arbeiterkassette die schärfste Lohnbewegung nicht als abgeschlossen erachtet. Nach Lage der Dinge konnte sie es auch nicht sein. Waren durch die bisher (einschließlich der in Aussicht stehenden 3 Pfg. ab 14. Juni) erfolgten Zugeständnisse doch nur 8 Pfg. Lohnzulage innerhalb 5 Jahre die Wirkung.

Die Höhe der durchschnittlichen Einstellungszulage betrug 1912 in Hamburg für die Werftarbeiter 44,7 Pfg. und nach dem 14. Juni 1917 ganze 52,7 Pfg. Dabei ist zu beachten, daß die Einstellungszulagen in den übrigen Werftorten noch um einige Pfennige niedriger sind. Die Durchschnittsakkordverdienste betragen, soweit die Erhebungen für Kiel in Frage kommen, nach dem 11. Juni 1917 96 Pfg. die Stunde ohne Steuerungszulage. Auf der Weserwerft Bremen sind sie niedriger. Dergleichen in allen anderen Werftorten. Angesichts dessen war es wohl verständlich, wenn die Werftarbeiter nach dem 14. Juni 1917 auf der ganzen Linie erneute Lohnforderungen durch die Arbeiterausschüsse den Werftarbeitern ausgeben ließen. Da es zu weit führen würde, die Einzelforderungen aller Werftarbeiter hier aufzuführen, so sei nur Hamburg erwähnt. Es wurde gefordert:

1. Die Arbeitszeit wird ab 1. August 1917 auf 52 Stunden pro Woche vergrößert (bisher 50 Stunden). Als Ausgleich tritt eine dementsprechende Erhöhung der Löhne ein.
2. Die Einstellungszulagen sowie die bestehenden Löhne werden um 10 Pfg. erhöht.
3. Die Löhne aller in Lohn beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen werden um 20 Pfg. erhöht.
4. Die Akkordpreise sind so zu bemessen, daß mindestens 1,30 pro Stunde verdient werden kann (die Kieler Förderer 1,50 Mark).
5. Alle qualifizierten Lohnarbeiter erhalten einen Lohnzuschlag von 50 Pfg. die Stunde.
6. Die bisher gewährte Kriegsteuerungszulage wird in der vierfachen Höhe gezahlt (durchschnittlich viermal 9 Mark).
7. Die Schiffszimmerer erhalten für Nacht- und Ueberarbeit den gleichen Prozentsatz wie alle übrigen Arbeiter.
8. Bei regulärer Wochenschicht werden 50 Prozent Zuschlag bezahlt.
9. Die Familienzulage der Metallierten wird von zwei auf vier Mark erhöht. Die Kieler Forderungen sind zum Teil noch weitergehend. Die Bremer bedachte sich mit demen Handbüß.

Am 10. August kam es mit Vertretern der Seeschiffswerften in Hamburg zu Verhandlungen. Das Ergebnis war im Verhältnis zu den gestellten Forderungen nahezu fällig: Die Unternehmer bewilligten: ab 1. Oktober 1917 die bestehenden sowie Einstellungszulagen um 2 Pfg. zu erhöhen; um weitere 2 Pfg. ab 1. Dezember 1917. In diesen Zugeständnissen nahmen am 10. und 11. August die Vertreter der Arbeiter in einer Konferenz - an der auch Vertreter der Zentralvorstände der drei Gewerkschaftsrichtungen teilnahmen, Stellung.

Die Konferenz lehnte die Zugeständnisse ab und beschloß, nunmehr die Angelegenheit in die Hände der Zentralvorstände zu legen. Die Zentralvorstände beschloßen, sich mittels einer Denkschrift an das Kriegs- und Reichsmarineamt zu wenden, um so die Bewegung zu einem befriedigenden Abschluss zu bringen. Als Verhandlungsgrundlage sollte die Konferenz für die Denkschrift folgende Forderungen aufstellen:

1. Die bestehenden und Einstellungszulagen um 10 Pfg. pro Stunde zu erhöhen, die Löhne der ständig in Lohn Arbeitenden um 20 Pfg.
  2. Die Berechnung der Akkordpreise in der Weise, daß ein Arbeiter bei durchschnittlicher Leistung nicht unter 1,20-1,50 Mark pro Stunde verdienen kann.
  3. Akkordarbeiter erhalten, wenn sie ihr Lohn arbeiten, den in Absatz 2 angegebenen Mindestverdienst als Lohn. Das Gleiche gilt für die Regearbeiter, wie Kranführer, Reparatur, Geier, Maschinen usw.
- Alle übrigen gelehrten und angelehrten Lohnarbeiter erhalten nach vierwöchentlicher Beschäftigung 80 Pfg. die Stunde.



7. Prozentuale Zuschläge sind gleichmäßig für alle Arbeiter bei Heber-, Nacht- und Sonntagsarbeit zu bemessen. Es folgen dann noch Forderungen auf Einführung von Arbeiterausschüssen nach den Wahlvorschriften des bayerischen Arbeitsvertragsgesetzes, Erstellung von Werkzeugs- und Prämien der Arbeiter, insoweit die Arbeitszeit ohne Beeinträchtigung der Leistungen der Gewerkschaften vermindert werden kann.

Diese Denkschrift, der neben den Mindestforderungen die Begründung hierfür und eine nähere Darstellung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse auf den Werften beigelegt wurde, ging unter dem 12. September 1917 an das Kriegsministerium. Unterzeichnet war sie von allen in Frage kommenden Zentralverbänden einschließlich unserem christlichen Metallarbeiterverband und dem Hirsch-Dünderischen Gewerkschaften.

Die Inanspruchnahme des Kriegsrechts hatte zunächst zur Folge, daß sich namentlich die Werftbesitzer bereit erklärten, mit den Zentralverbänden der Gewerkschaften zu verhandeln. Bisher waren es immer nur die Lokalinstanzen, mit denen die Unternehmer verhandelten. Da das Kriegsamt durchblicken ließ, daß es sich vorerst nicht weiter beteiligen will, so nahmen die Zentralverbände die Verhandlungen mit den Unternehmern auf.

Zwei volle Tage (4. und 5. Oktober) nahmen die Hamburger Beratungen in Anspruch.

Die Verhandlungen selbst wurden beiderseitig sehr lebhaft, aber in streng sachlicher Weise geführt. Die Unternehmer waren zur Verteidigung ihres Standpunktes mit allerhand Zahlenmaterial und Vorkenntnissen gut ausgerüstet. Den Unterhändlern der Arbeiter fehlte solches Material, soweit die Verdienste in Frage kamen, fast vollständig. (Das kommt daher, weil die Arbeiter bisher mit recht wenig Ernst über ihre Lohnnachweise Auskunft gaben.) Das Ergebnis der zweitägigen Beratungen war gleich Null. Die Vertreter der Werftbesitzer erklärten, daß sie nach dem Stande und der bisherigen Entwicklung der Verdienste die Angehörigen vom 10. August 1917 als genügend erachten und ein weiteres Entgegenkommen aussichtslos sei.

Daraufhin fragte der Vorsitzende der Arbeitervertreter, ob das das letzte Wort sei oder ob die Herren Unternehmer einer etwaigen nachmaligen Zusammenkunft geneigt wären. Letzteres stellten die Unternehmer in Aussicht und man einigte sich auf den 11. Oktober. Inzwischen besprachen die beiden Parteien unter sich.

Die am 10. Oktober in Hamburg tagende aus allen Werftorten besuchte Werftkonferenz lehnte die Angehörigen vom 10. August zum zweitenmal ab. Am 11. Oktober fanden die Unterhändler beider Parteien sich nochmals zusammen. Die Arbeiterführer wählten unter andern den Unternehmer den Vorschlag, gemeinsam an das Reichsamt heranzugehen, um eine bessere Bezugszahl der Reichsaufträge für die Gewerkschaften zu erreichen, um so den Wünschen der Arbeiter gerecht werden zu können. Die Unternehmer versprachen sich selbst von einem gemeinsamen Vorgehen in bezug auf die Reichsaufträge nichts und lehnten den Vorschlag ab. Die Unternehmer zogen sich nun an einer anderweitigen Geheimberatung zurück. Nach Beendigung derselben erklärte Herr Direktor Wallwich der Ballanwerft Hamburg, folgendes:

Da die heutigen Verdienste der Arbeiter den Zeitverhältnissen entsprechend sind, so kann an eine Erfüllung der Wünsche, wie sie in der Denkschrift niedergelegt sind, nicht gedacht werden. In den Unterhändlern der Arbeiter den Weg zu erleichtern, machen die Unternehmer nochmals ein Angebot, das aber das Meiste darstellt, was die Werften bewilligen können:

1. Die Einstellungs- und Stundenlöhne aller männlichen volljährigen Arbeiter werden wie folgt erhöht:  
Am 2 Pfg. in der letzten Oktoberabrechnung.  
Am 2 Pfg. in der letzten Abrechnung vor Weihnachten.  
Am 2 Pfg. in der ersten Abrechnung im April 1918.  
Minderjährige Arbeiter und weibliche Arbeiter erhalten die Hälfte der obigen Sätze.
2. Wegen Alter oder körperlichen Gebrechen nicht voll arbeitsfähige Arbeiter und Arbeiterinnen erhalten Zulagen nach Ermessen des Arbeitgebers.
3. Die Arbeitspreise werden, entsprechende Arbeitsleistung vorausgesetzt, in Verhältnis zu der Erhöhung der Stundenlöhne gleichfalls erhöht, sofern sie nicht aus dem laßt üblichen Rahmen herausfallen.
4. Für die Schiffszimmerer auf den Hamburger Werften werden in der letzten Oktoberabrechnung die gleichen prozentualen Zuschläge für Heber-, Nacht-, Sonntags- und Feiertagsarbeit eingeführt wie für die übrigen Arbeiterkategorien; dafür treten die unter 1. angeführten Erhöhungen des Einstellungslohnes nicht ein.
5. Fortwährende Termine haben zur Voraussetzung, daß die Arbeiter die Annahme der von der Norddeutschen Gruppe gemachten Angebots bis zum 15. Oktober erklären; andernfalls verjähren sich die drei Angebotslagen und Arbeitsverträge, sowie das Angebotsangebot.

Auf weitere, im Interesse der Arbeiter liegenden Vorschläge lassen die Unternehmer sich nicht mehr ein. Am gleichen und nachfolgenden Tage nahm die Werftkonferenz Stellung zu den erstellten Angebotsbedingungen. Nach eingehender Prüfung aller Umstände und der etwa noch zu gewinnenden Mittel zur Erreichung eines besseren Gesamtzustandes sagte sich die Konferenz dem Vorschlag der Werftbesitzer ab, der bestin ging, den Werftarbeitern die Annahme der gemachten Angebotsbedingungen zu empfehlen. Bis zum 15. Oktober sprachen sich bereits 80 Prozent der Werften im zunehmenden Sinne aus. Zur Gewährung und Erteilung der Angebotsbedingungen ab und erziehen um nachmalige Herabsetzung des Kriegsrechts. Da die Mehrheit der Werften sich für die Annahme entschieden, so wurden weitere Schritte gegenstandslos. Es hat also die Lohnbewegung ihren vorläufigen Abschluß gefunden. Sollte hier Monats gingen ins Land, um die Bewegung zu beenden. Wenn dagegen dieser Zeit die Arbeit ihren ungebrochenen Weg ging, so war das Verhalten der Herren Unternehmer nicht wohl zu billigen. Die Organisationsleistungen sind und werden es, die ihren ganzen Einsatz anstreben, um Arbeitsverhältnisse in größerem Maße zu verbessern. Gerade deshalb, weil die Arbeiter auf den Werften sich ihrer hohen Verantwortung im großen und ganzen bewußt sind, wäre ein größeres Entgegenkommen seitens der Werften nicht nur notwendig, sondern auch ein Akt der Gerechtigkeit. Sind dessen brachte man beruht zum

Ausdruck, daß ja wohl nur die Arbeiterführer es seien, die erst künstliche Erbitterung in die Reihen der Werftarbeiter hineintragen. Gott sei Dank, daß sich gegen solche verstockten Vorurteile die Arbeiterführer nicht erst zu verteidigen brauchen. Es sind ganz andere Kreise, die unerbittlich auf eine mehr als zufällige Gebührenspreibung drängen. Dem gefunden Sinn unserer deutschen Arbeiter- schaft und dem hohen Verantwortlichkeitsgefühl ihrer Führer ist es zu danken, wenn das deutsche Wirtschaftsleben ungehemmt sich jetzt entfalten kann.

Aus der hier geschilderten Lohnbewegung der Werftarbeiter ist also folgendes festzuhalten:

Die Werftbesitzer lehnen eine Affordregelung im Sinne der Arbeiter grundsätzlich ab. Ebenso halten sie an den niedrigen Einstellungs- und Stundenlöhnen fest. Die dringende Frage, der Affordregelung, bleibt also nach wie vor der Kernpunkt aller späteren Lohnbewegungen. Angeht es dessen gilt es ernsthaftest Sammlung aller Kräfte seitens der Arbeiter- schaft zu betreiben. Von selbst fallen auch der Werftarbeiter- schaft die Früchte nicht in den Schoß. Die Bremerhavener Werftarbeiter haben jedenfalls das richtige getroffen, wenn sie ihre Mißbilligung gegenüber den geringen Angehörigen ausdrücken und dann weiter erklären: Unverzäglich daran zu gehen, ihre Organisation auszubauen und dafür zu sorgen, daß ihr der letzte Werftarbeiter und Arbeiterin zugeführt wird, um zu gegebener Zeit ihren berechtigten Forderungen besseren Nachdruck zu verleihen. — Das gilt in vollem Maße aber auch für die Mitglieder unseres Verbandes, nicht in Bremerhaven, sondern allerwärts.

**Enangebiet.** Unsere eigenartigen Verhältnisse im Saarrevier bringen es mit sich, glücklicherweise, daß hier zwischen Bürgerpartei und Mittelstand einerseits und Arbeiter- schaft andererseits ein viel intimerer Zusammenhang besteht, wie in manchen anderen Industriegebieten des deutschen Vaterlandes. Eine gewisse Interessengleichheit, nicht nur auf wirtschaftlichen Gebieten hat sich zwischen diesen Bevölkerungsgruppen herausgebildet. Die Gefahren einer, zweifellos vorhandenen, ob gewollten oder ungewollten Industrie- herrschaft auf allen Gebieten werden dadurch bedeutend paralytisch. Aus diesen Gründen verfolgt die Arbeiter- schaft der Schwerindustrie zur Erreichung der vollständigen Koalitionsfreiheit. Die Lehren des gewaltigsten aller Kriege haben gezeigt, daß die Arbeiter- schaft mündig ist und vor allen Dingen einen vollständigen, im Interesse des Volksganzen liegenden Gebrauch von ihrer Organisationsmacht. Um eins herauszugreifen: ohne Mitwirkung der gewerkschaftlichen Verbände wäre das bayerische Arbeitsvertragsgesetz nicht das, was es im Interesse der Landesverteidigung geworden und somit auch der Industrie von Nutzen war. Jeder scheint diese Tatsache nicht ohne Interesse zu verfolgen. Die führenden Industrie- kreise zu Paris, Manchester, Schwere- und direkt und indirekt, erwachsen dem Arbeiter bei Ausübung seines gewaltigsten Koalitionsrechtes. Während der größte Arbeitgeber im Saarrevier, der preussische Bergbau, ebenso die Kgl. Eisenbahn-Verwaltung, auch nicht durch indirekte Mittel die Koalitionsfreiheit ihrer Arbeiter zu verhindern suchen, kann das von einzelnen privaten Werken des Saarreviers, besonders der Burbacher Hütte nicht gesagt werden. Bekanntlich wurden, nachdem auch die Arbeiter der Schwerindustrie den Weg zur Organisation gefunden, von den einzelnen Hüttenwerken beim deren Vorgesetzten folgende in der Öffentlichkeit bereits gegründete mit dem ausgebrochenen Zweck, die Arbeiter von den selbständigen gewerkschaftlichen Organisationen fernzuhalten. Als Werbemittel benutzte man neben mehr oder minderen Druck scheinbare Prämien d. h. den Mitgliedern dieser Hütten-Verene wurde aus den Reinerträgen des Betriebes ein bestimmter Geldbetrag gewährt. Selbstverständlich dürfen die Besessenen nicht Mitglied einer selbständigen gewerkschaftlichen Organisation sein. Die Angehörigen der letzteren, im hiesigen Revier hauptsächlich des christlichen Arbeiter-Verbandes, waren ausgeschlossen, obgleich die übergroße Mehrzahl durch treue Pflichterfüllung zu denselben Reinerträgen beigetragen, aus dem die „Wirtschafts- friedlichen“ Gewinne erhielten. Inwiefern eine solche große Ungerechtigkeit moralisch zu vertreten ist, muß dem Empfinden der „G. S.“ überlassen bleiben. Der gewaltige Lehren des Krieges schien hier eine Aenderung zu bringen. In Verantwortung einer öffentlichen Anfrage des christlichen Metallarbeiterverbandes erwiderte Herr Generaldirektor Reichdorf von der Burbacher Hütte u. a. in der Presse folgendes: „Es erklärt die Verwaltung der Burbacher Hütte, daß es ihren Arbeitern selbstverständlich nach Gesetz und Recht ohne wirtschaftlichen Schaden zu erleiden, gestattet ist und sein muß, sich der Organisation anzuschließen, zu der sie Vertrauen haben. Wenn man bedacht, daß die Nichtgewährung einer Prämie von 4-500 Mark und mehr ein höherer und nach den geschätzten Verhältnissen ungewisser Schaden eines Teiles der Arbeiter- schaft bedeutet, konnten alle sozial gemühten Kreise der Bürgerpartei diese Stellungnahme der Hütten-Verwaltung begrüßen. Diese Befriedigung wurde erhöht, als der Herr Generaldirektor und Kommerzienrat bei der am 30. September auf der Hütte abgehaltenen Jubiläumssfeier erklärte, daß dieses Jahr 5,5 Millionen Mark als Dienst- altpremie verteilt würde, ohne die sonst jedes Jahr etwaige Entschädigung, daß nur Mitglieder des Hütten-Verbandes diese Prämie bekämen.“

Vertreter auf diese öffentliche Stellungnahme eines Generaldirektors und preussischen Kommerzienrates erregte es in der Öffentlichkeit des bayerischen Saarländers, als bei der letzten erfolgten Verteilung der Prämien die Arbeiter, die sich offen zu ihrer gewerkschaftlichen Organisation bekannt hatten, ausgeschlossen wurden.

Zunächst von gewerkschaftlich organisierten Arbeitern im Saarrevier können es nicht verstehen, daß ein Hütten- werks-Teilshaber zu einem nicht geringen Teil im feindlichen Auslande wohnt, mit demartigen Mitteln deutsche Hüttenarbeiter, deren Gewinnung über jeden Zweifel erhaben, die Koalitionsfreiheit beschneidet. Es ist ja die Organisation, gegen die in der Hauptfrage der Schlag gerichtet, der christliche Metallarbeiter-Verband, gezeigt, daß sie Rechtens hat für die Bedürfnisse der Jetztzeit und in erster Linie das vaterländische Interesse zu befriedigen. Aber auch das Recht der Arbeiter- schaft muß unter allen Umständen gewahrt bleiben.

Im Interesse des so notwendigen inneren Friedens hofft mit der organisierten Arbeiter- schaft aller Betriebe im Saarrevier, auch die breite Öffentlichkeit auf eine befriedigende Lösung dieser Frage. Oberster Grundsatz im preussischen Staats- und soll bleiben, auch in Privat- betrieben: „Gleiches Recht für Alle.“ Erfahren alle Arbeit- niederklegungen in der Not des Vaterlandes eine Beurteilung in der Öffentlichkeit, so sind andererseits auch die Ursachen, die zu derartigen bedauerlichen Erscheinungen führen, entschieden zu beurteilen und beseitigen.

### Versammlungs-Kalender

Samstag, den 24. November 1917:

**Saarlautern.** Abends 6 Uhr Monatsversammlung im Vereinslokal Neubruderhof, Referent Kollege Mauer- Slegen.

Sonntag, den 25. November 1917:

- Saar.** 5 Uhr bei Jansen.
- Saarlautern.** 11 Uhr lach. Vereinshaus. Jugendber- samml.
- Siegen.** 11 Uhr bei Widmann.
- Siedershausen.** Abends 7 Uhr im Lokale Dirls, Vereins- straße 59, gemeinsame Versammlung der Orts-Ver- waltung. Die Frauen unserer Kollegen, besonders aber auch unsere Kolleginnen und jugendlichen Kol- legen sind eingeladen. Ein auswärtiger Redner spricht über das Thema: „Der Kongress in Berlin und seine Bedeutung für das deutsche Arbeiters Brot und Zukunft.“
- Simmernberg.** Nachm. 5 Uhr bei Gutau. Vortrag des Kolle- gen Redmann.
- Wahlheim.** 11 Uhr bei Toppe, Köhlerstraße 36.
- Waldbrunn.** 5 Uhr bei Ridders, Marienstraße.
- Waldbrunn.** 5 Uhr bei Hartmannbusch.
- Waldbrunn.** 5 Uhr bei Dirls „Zum Schlachthof“
- Waldbrunn.** Nachm. 6 Uhr Versammlung im Bahnhofshotel.
- Waldbrunn.** 4 Uhr bei Topfan.

### Beamtung.

Die Zwischenscheine für die 5 % Schuld- verreibungen der VI. Kriegsanleihe können vom 26. November ds. Js. ab

in die einschlägigen Städte mit Einschlüssen von Amts wegen. Der Umtausch findet bei der „Umtauschstelle für die Kriegs- anleihe“, Berlin W 8, Behrenstr. 22, statt. Außerdem über- nehmen sämtliche Reichsbankstellen mit Anwesenheitsort bis zum 15. Juli 1918 die lokale freie Verwaltung des Umtausches. Nach diesen Zeitpunkten können die Zwischenscheine nur noch an Um- tauschstellen in Berlin umgetauscht werden.

Die Zwischenscheine sind mit Verzeichnissen, in die sie nach den Bezügen und innerhalb dieser nach der Nummernfolge geord- net eingetragen sind, während der Vorantragsfrist (bis zum 31. Dezember d. J.) einzureichen; Formulare zu den Voranträgen sind bei allen Reichsbankstellen erhältlich.

Formulare und Briefe haben die von ihnen eingereichten Zwischen- scheine rechts oberhalb der Zeichennummer mit ihrem Nummern- zeichen zu versehen.

Mit dem Umtausch der Zwischenscheine für die 4 1/2 % Schuld- anweisungen der VI. Kriegsanleihe in die einschlägigen Städte mit Einschlüssen kann und vor dem 10. Dezember begonnen werden eine besondere Bekanntmachung hierüber folgt Anfang Dezember.


Berlin, im November 1917.

Reichsbank-Direktorium.  
Sauerfeld u. Grimm.

### Gesucht

gewandte, zuverlässige Frauen, insbesondere Kriegerfrauen und Witwen, die sich durch Mitarbeit an unserer Wohlfahrts- einrichtung lehrenden Nebenerwerb verschaffen wollen. Feste Anstellung nicht ausgeschlossen.  
Anfragen an die Generalrechnungsstelle in Köln, Voulverwall 8.

**Gemeinnützige Deutsche Volksversicherung.**



**Wer**

Jung und Kinder für seinen Fall schützen und sich für sein Alter oder für die Aus- bildung, Aussteuer oder den Lebensfall seiner Kinder ein Kapital bis zu 2000 M. sichern will, wolle die besonders günstigen Tarife unserer ge- meinnützigen Volksversicherung. Anfragen erbeten an: Generaldirektor d. G. V. G. S. in Köln a. Rh., Deubertwall 9. Mitglieder willkommen!

**Unentbehrlich für jeden Dreher**

Ist die Verhältnis-Tabelle zum Bearbeiten von Gewinden ohne 127er Rad von Fr. Fuchs-Essen Preis 1.50 Mark.  
Zu beziehen durch die Geschäfts- stelle des Verbandes in Essen, Frohnhauserstr. 19.

**Deutsche Wachs- papiere**

und Farben für alle Ver- vielfältigungs- app. Kohlepapier, Durch- schlag- und Ver- vielfältigungs- Papier.

Bei Bestellungen auf Wachs- papier ist der Apparat anzugeben, für den das Papier verwendet werden soll. Echo vom Niederrhein, Duisburg